

Leistungsbeschreibung

1. Thema: Rechtsgutachten zur Rolle der BAuA als nationale Kontaktstelle

2. Ausgangspunkt des Vorhabens:

Die Aufgaben und Prozesse in der nationalen ICSMS und Safety Gate Kontaktstelle der BAuA fußen im Wesentlichen auf europäischem Binnenmarktrecht. Neue Rechtsakte und die fortlaufenden Novellierungen von bestehenden europäischen horizontalen Rechtsakten sowie sektorspezifischen Regelungen machen daher eine regelmäßige juristische Befassung und Aufgabenkritik in der Kontaktstelle erforderlich. Aktuell sind dies die folgenden Rechtsakte:

- Verordnung (EU) 2019/1020 über die Marktüberwachung, Marktüberwachungsgesetz (MüG)
- Verordnung (EU) 2023/988 über die allgemeine Produktsicherheit und zugehörige Rechtsakte, Produktsicherheitsgesetz (ProdSG)
- IMERA bzw. die relevanten Durchführungsgesetze bzw. deren Entwürfe
- Richtlinie (EU) 2019/882 über die Barrierefreiheit, Barrierefreiheitsstärkungsgesetz (BFSG)
- Verordnung (EU) 2024/1689 Künstlicher Intelligenz, KI-Marktüberwachungs-und-Innovationsförderungs-Gesetz (KI-MIG)

Anfang des Jahres 2024 wurde ein erstes Rechtsgutachten zur Rolle der BAuA als nationale Kontaktstelle im Rahmen des Marktüberwachungsgesetzes veröffentlicht. (<https://www.baua.de/DE/Angebote/Publikationen/Berichte/Gd115>) Zu diesem Zeitpunkt stand die Novellierung der Rechtsakte zur Allgemeinen Produktsicherheit unmittelbar bevor. Die EU-Produktsicherheitsverordnung 2023/988 (GPSR) wurde als Nachfolgerin der alten EU-Produktsicherheitsrichtlinie 2001/95/EG eingeführt, um den Verbraucherschutz zu stärken. Sie trat am 12. Juni 2023 in Kraft und gilt seit dem 13. Dezember 2024 als Verordnung unmittelbar in der EU, wodurch sie die nationale Umsetzung (ProdSG) in großen Teilen ablöst. Die GPSR stellt die grundlegende Rechtsnorm für das Safety Gate und die nationale Kontaktstelle dar. Mit dem außer Kraft setzen der RAPEX-Leitlinien (Durchführungsbeschluss (EU) 2019/417) am 26. März 2025 entsteht ebenfalls Aktualisierungsbedarf, der neben formalen Anpassungen auch weitreichende Änderungen der Rolle der nationalen Kontaktstelle und der Meldeverfahren zur Erfüllung der neuen gesetzlichen Regelungen berücksichtigen muss.

So ersetzt bspw. unter der GPSR „Safety Gate“ das bisherige RAPEX-System und wird als modernes, multifunktionales EU-weites Schnellwarnsystem für gefährliche Non-Food-Verbraucherprodukte ausgestaltet. Es besteht nun aus vier Elementen, mit Schnittstellen für Marktüberwachungsbehörden bzw. in Deutschland in erster Linie für die Kontaktstelle:

- dem eigentlichen **Safety-Gate-Schnellwarnsystem** für die Kommunikation zwischen Marktüberwachungsbehörden und EU-Kommission,
- dem öffentlich zugänglichen **Consumer-Safety Gateway** für Verbraucherinnen und Verbraucher,
- und dem **Safety Business Gateway** für Unternehmen und Online-Marktplätze
- sowie der **Registrierungsplattform für Online-Marktplätze**.

Da die GPSR als Verordnung unmittelbar gilt, entfällt die bisherige nationale Umsetzung der Richtlinie durch das ProdSG, so dass die Änderung der Rechtsaktart bei der rechtlichen Auslegung ebenfalls zu beachten ist. Sie wird zudem durch eine zentrale delegierte Verordnung und weitere Durchführungsverordnungen ergänzt. Wichtig für die Aufgaben der BAuA sind insbesondere die Durchführungsverordnung (EU) 2024/2639 und die delegierte Verordnung (EU) 2024/3173, die die GPSR hinsichtlich des Safety Gate und der nationalen Kontaktstelle durch detaillierte technische und prozedurale Vorgaben sowie zu den Aufgaben und der Rolle der Kontaktstelle konkretisieren.

Neben den zentralen Regelungen der GPSR wurde als weiteres zentrales Werkzeug des Binnenmarktes im Herbst 2024 der IMERA-Rechtsakt (Internal Market Emergency and Resilience Act) verabschiedet. Aus den Erfahrungen der Corona-Pandemie, d.h. der Verknappung von Produkten, werden die zahlreichen Harmonisierungsrechtsvorschriften horizontal durch den IMERA-Rechtsakt ergänzt, der als übergeordnetes Krisen- und Überwachungsinstrument für den Binnenmarkt dient. Er greift im Notfall in Marktüberwachungsinstrumente ein, indem er Informationen, Lagebilder und Koordinationsmechanismen bereitstellt, um die Marktüberwachungsbehörden, Zoll und die EU-Kommission in Krisenfällen zu unterstützen, um Maßnahmen zu priorisieren und Regelungen des Binnenmarktes ggfs. auszusetzen. Dieses Notfallverfahren ist bereits in das Maschinenverordnung-Durchführungsgesetz – Maschinen-DG integriert und wird in weitere Rechtsakte integriert (z. B. PSA-DG, Gasgeräte-DG, 32. BImSchV) werden. Die BAuA übernimmt auch in diesem Meldeverfahren die Rolle des Meldeknotens zwischen den nationalen Behörden und der EU-Kommission sowie den übrigen Mitgliedstaaten.

Darüber hinaus hat die BAuA mit dem Inkrafttreten des Barrierefreiheitsstärkungsgesetzes (BFSG) im Jahr 2025 weitere Aufgaben zur Unterstützung der nationalen Marktüberwachungsbehörden übernommen. Sie wird analog zum Marktüberwachungsgesetz (MüG) bzw. auf dessen Grundlage Meldungen der Marktüberwachungsbehörden zu nicht barrierefreien bzw. nicht konformen Produkten auf Vollständigkeit und Schlüssigkeit überprüfen und die Europäische Kommission sowie andere Mitgliedstaaten unterrichten.

Es zeichnet sich zudem ab, dass die BAuA im Zusammenhang mit dem Gesetz zur Durchführung der KI-Verordnung (KI-MIG) im Jahr 2026 weitere Aufgaben zur Unterstützung der nationalen Marktüberwachungsbehörden bei Meldeverfahren übernehmen wird. Aktuell wurde am 11. Februar 2026 der Regierungsentwurf vom Kabinett beschlossen, der bestimmt, dass die zuständige Marktüberwachungsbehörde Unterrichtungen nach Artikel 79, 81 und 82 der Verordnung (EU) 2024/1689 über die Bundesanstalt vorzunehmen hat.

Ziele der gutachterlichen Betrachtung:

In der Praxis ergeben sich hinsichtlich der Durchführung der europäischen Meldeverfahren im Rahmen der genannten Rechtsakte zahlreiche übergreifende Fragen sowohl seitens der nationalen Kontaktstelle, der Marktüberwachungsbehörden als auch der zuständigen Ministerien aller Sektoren. Diese Fragestellungen sollen den Kern und Ausgangspunkt der gutachterlichen Betrachtung bilden.

Das zu erstellende Gutachten soll daher auf dem bestehenden Gutachten inhaltlich und strukturell aufbauen, hinsichtlich der GPSR und der dazugehörigen Rechtsakte aktualisiert und zudem um die für die nationale Kontaktstelle neuen Rechtsbereiche bzw. Verfahren nach Barrierefreiheitsstärkungsgesetz (BFSG) und IMERA sowie dem Gesetz zur Durchführung der KI-Verordnung, nach aktuellem Stand, erweitert werden. Bei der Feststellung und Bewertung des Aktualisierungsbedarfs des bestehenden Rechtsgutachtens sollen insbesondere die Produktsicherheitsverordnung (EU) 2023/988, die Durchführungsverordnung (EU) 2024/2639 und die delegierte Verordnung (EU) 2024/3173 sowie interne Dokumente der EU-Kommission in Form von Leitfäden sowie Handlungsempfehlungen berücksichtigt werden. Der Schwerpunkt liegt auf der rechtskonformen Umsetzung der europäischen und nationalen Meldeverfahren und -pflichten sowie den daraus resultierenden Aufgaben der nationalen Kontaktstelle in der BAuA.

Die gutachterliche Tätigkeit und Aktualisierung soll dabei im Wesentlichen die bewährte verteilte Gliederung des vorherigen Gutachtens aufgreifen:

- Im ersten Teil soll ein rechtlicher Überblick über die für die Meldeverfahren relevanten Rechtsakte erstellt werden.
- Im zweiten Teil soll eine Kommentierung der hinsichtlich der Marktüberwachung relevanten Paragraphen des MüG, des BFSG, IMERA bzw. der nationalen Regelungen sowie des Gesetzes zur Durchführung der KI-Verordnung und der entsprechenden europäischen Gesetzgebungsebene der oben genannten Rechtsbereiche mit dem Fokus auf die Rolle der BAuA hinsichtlich der (neuen) Aufgaben und Prozesse als nationale Kontaktstelle erfolgen.
- Im dritten Teil sollen Handlungsempfehlungen zur rechtskonformen Aufgabenwahrnehmung und zur prozessualen Umsetzung der oben genannten Rechtsbereiche und Verfahren durch die Kontaktstelle erarbeitet werden. Ein Fokus sollte darauf liegen, inwieweit sich diese idealerweise in die bestehenden Prozesse integrieren lassen.
- Im vierten Teil soll das Zusammenspiel der nationalen Kontaktstelle, der europäischen Kommission und den zuständigen Marktüberwachungsbehörden des Bundes und der Länder erneut diskutiert werden; haben sich Änderungen zur bisherigen Praxis ergeben oder sind Prozesse (Zuständigkeiten, Umsetzung etc.) anzupassen. Dies gilt insbesondere für die Rolle der Kontaktstelle und die begleitenden Aufgaben (bspw. (EU) 2024/2639).
- Anschließend soll ein Ausblick auf aktuelle Entwicklungen und deren mögliche Auswirkungen auf die Kontaktstelle gegeben werden, bspw. aufgrund von Anpassungen des NLFs oder der europäischen Marktüberwachungsverordnung bzw. des European Product Act (EPA).

3. Leistungsumfang:

Bearbeitungsdauer: 9 Monate ab 01.09.2026

Die gewünschte Leistung soll sich auf folgende Arbeiten erstrecken:

1. Beschreibung der rechtlichen Ausgangssituation des MüG, des BFSG, IMERA, des Gesetzes zur Durchführung der KI-Verordnung, der Produktsicherheitsverordnung (EU) 2023/988, die Durchführungsverordnung (EU) 2024/2639 und die delegierte Verordnung (EU) 2024/3173 sowie Lex Specialis.

2. Analyse des Rechtsrahmens und der Ausgangssituation unter Berücksichtigung der derzeitigen Umsetzung und Wahrnehmung der Aufgaben in den genannten Meldeverfahren durch die Kontaktstelle in der BAuA.
3. Erstellung eines Rechtsgutachtens (in deutscher Sprache) mit Analyse und Kommentierung hinsichtlich der Marktüberwachung relevanten Paragraphen des MüG, des BfSG, IMERA sowie des Gesetzes zur Durchführung der KI-Verordnung und der entsprechenden europäischen Gesetzgebungsebene mit dem Fokus auf die Rolle der BAuA hinsichtlich der (neuen) Aufgaben und Prozesse als nationale Kontaktstelle
4. Ableiten von Handlungsempfehlungen zur rechtskonformen Aufgabenwahrnehmung und zur prozessualen Umsetzung der relevanten Paragraphen des MüG, des BfSG, IMERA sowie des Gesetzes zur Durchführung der KI-Verordnung und der entsprechenden europäischen Gesetzgebungsebene durch die Kontaktstelle in der BAuA.
5. Diskussion von ausgewählten Problemstellungen anhand mit dem Auftragnehmer abgestimmter Praxisbeispiele.
6. Zusammenfassung der Erkenntnisse zur Vollständigkeits- und Schlüssigkeitsprüfung in Form einer Checkliste (in deutscher Sprache) unter Berücksichtigung der genannten Rechtsbereiche.
7. Erstellung und Abgabe des Endberichts gemäß der „Leitlinien zur Gestaltung wissenschaftlicher Veröffentlichungen der BAuA“ und Mitwirkung bei der Abnahme (in deutscher und englischer Sprache).
8. Präsentation der Ergebnisse auf einem Workshop in der BAuA.

Ein Zwischenbericht mit Überblick zum Stand der Arbeiten ist nach 3 Monaten zu fertigen.

4. Anforderungen an die Qualifikation der Bieter:

Als Auftragnehmer kommen Wissenschaftler von Hochschulen, Instituten, Forschungseinrichtungen oder vergleichbare Fachleute aus dem gewerblichen Bereich mit einschlägigen juristischen Erfahrungen auf den betreffenden Gebieten des Produktsicherheits- und Marktüberwachungsrechts in Frage. Sie sollten idealerweise Erfahrungen im Bereich des Verwaltungsrechts und EU-Binnenmarktrechts verfügen.

5. Nach der Durchführung des Projektes sind vom Auftragnehmer vorzulegen:

- die schriftliche Dokumentation der Ergebnisse (in deutscher Sprache; elektronisch),
- der schriftliche Endbericht mit dem Rechtsgutachten gemäß den „Leitlinien zur Gestaltung wissenschaftlicher Veröffentlichungen der BAuA“ (in deutscher Sprache; elektronisch)
- eine ca. zehnsseitige Kurzfassung mit den wesentlichen Ergebnissen und Erkenntnissen des Gutachtens in deutscher und in englischer Fassung.

6. Eignung und Leistungsbewertung:

Die Zuschlagskriterien der BAuA sind:

	Kriterium	Wichtung (1-10)
1	Expertise der Bieter	10
2	Personal-, Finanz-, Terminplan	6
3	Projektablauf und Ergebnisse des Gutachtens	3

4	Praxisbezug und Handlungsempfehlungen	10
5	Bezug zum vorausgegangenen Gutachten	4

Kriterien gem. Kriterienkatalog.doc der BAuA auswählen.

Die Leistungsbeschreibung wird für öffentliche Ausschreibungen in einer kurzen Fassung für die Anzeige der Ausschreibung und in einer ausführlichen Fassung für den Versand der Verdingungsunterlagen an die Bewerber benötigt.

Richtlinien zur Formulierung der Leistungsbeschreibung in VOL/A §§ 8, 8a.